

**N i e d e r s c h r i f t**

**Gremium:** Rat - öffentlich

**Sitzungstermin:** Dienstag, 18.06.2013

**Raum:** Genossenschaftsakademie Weser-Ems, Oldenburger Straße 118,  
26180 Rastede

**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr

**Sitzungsende:** 18:25 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

**Genehmigt und wie folgt unterschrieben:**

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

**TEILNEHMERVERZEICHNIS**

**Anwesend sind:**

**Ratsvorsitzender**

Herr Walter Steinhausen CDU

**ordentliche Mitglieder**

Herr Bürgermeister Dieter von Essen CDU

Herr 1. stv. BM Torsten Wilters CDU

Herr Dieter Ahlers CDU

Herr Erich Bischoff CDU

Herr Thorsten Bohmann CDU

Herr Alexander von Essen CDU

Herr Timo Kirchhoff CDU

Herr Kai Küpperbusch CDU

Frau Susanne Lamers CDU

Herr Thorsten Menke CDU

Frau Gerta Pfeifer CDU

Herr Hans-Dieter Röben CDU

Herr Wolfgang Salhofen CDU

Herr Reiner Wessels CDU

Herr 2. stv. BM Klaus Hillen FFR

Herr Rainer Zörgiebel FFR

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Herr Detlef Bredow SPD

Herr Dieter Güttler SPD

Herr Wilhelm Janßen SPD

Frau Sabine Koopmann SPD ab 17:12 Uhr

Herr Rüdiger Kramer SPD

Herr Lars Krause SPD

Herr Rainer Meyer SPD

Frau Monika Sager-Gertje SPD

Herr Horst Segebade SPD

Herr Werner Skirde SPD

Herr Levent Süre SPD

Frau Sabine Eying B90/Grüne

Herr Michael Köver B90/Grüne bis TOP 4

Herr Gerd Langhorst	B90/Grüne	
Frau Inge Langhorst	B90/Grüne	
Herr Eckhard Roesé	B90/Grüne	ab TOP 4

**Ehrenbürgermeister**

Herr Dieter Decker	CDU
--------------------	-----

**Ehrenratsmitglieder**

Frau Marianne von Essen	CDU
-------------------------	-----

Herr Hans-Gerold Finkeisen	CDU
----------------------------	-----

**Verwaltung**

Herr Hans-Hermann Ammermann

Herr Fritz Sundermann

Herr Stefan Unnewehr

Frau Hanna Binnewies

Herr Ralf Kobbe

Herr Stefan Tölen

Gleichstellungsbeauftragte

Protokoll

Technik

**Gäste**

Herr Uwe Harms von der Rasteder Rundschau

Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung Rastede

sowie 7 weitere Zuhörer

**Entschuldigt fehlen:**

**ordentliche Mitglieder**

Herr Oliver Finkeisen	CDU
-----------------------	-----

Frau Friederice Pirschel	B90/Grüne
--------------------------	-----------

**Ehrenratsmitglieder**

Herr Hans-Hermann Schlange	SPD
----------------------------	-----

**VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 12.03.2013
- 4 Feststellungsbeschluss - Verzicht Ratsmandat/Feststellung der Ersatzperson  
Vorlage: 2013/091
- 5 Umbesetzung von Ausschüssen  
Vorlage: 2013/097
- 6 Vertretung für den Ratsvorsitz  
Vorlage: 2013/098
- 7 Zuwendungen für den Geschäftsführungsaufwand der Fraktionen  
Vorlage: 2013/081
- 8 Bebauungsplan Nr. 98 - Hohe Looge  
Vorlage: 2013/083
- 9 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 66 - Schafjückenweg  
Vorlage: 2013/078
- 10 Bebauungsplan Nr. 93 B - Südlich Schloßpark II  
Vorlage: 2013/079
- 11 Haushalt 2013 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben über 5.000 Euro  
Vorlage: 2013/080
- 12 Bericht des Bürgermeisters
- 13 Schließung der Sitzung

**Tagesordnungspunkt 1**

**Eröffnung der Sitzung**

Der Ratsvorsitzende Herr Steinhausen eröffnet die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 17:00 Uhr.

Anmerkung: Nach der Eröffnung der Sitzung bittet der Ratsvorsitzende Steinhausen den Rat, sich zu Ehren des am 20. März 2013 verstorbenen ehemaligen Ratsmitglieds Hermann Segebade und des am 28. März 2013 verstorbenen Ehrenratsmitgliedes Gerd Meister zu erheben.

Der Verstorbene Hermann Segebade war von November 1972 bis Oktober 1986 und von Juli 1989 bis Oktober 1991 Mitglied des Rates der Gemeinde Rastede. In dieser langen Phase der kommunalpolitischen Tätigkeit hat er die Interessen der Gemeinde Rastede im Bauausschuss, im Straßen- und Verkehrsausschuss sowie im Feuerschutzausschuss wirkungsvoll vertreten. Durch seine Persönlichkeit und sein ehrenamtliches Engagement hat er sich die Achtung und Anerkennung in weiten Kreisen der Bevölkerung erworben. Hermann Segebade hat sich um die Entwicklung der Gemeinde Rastede verdient gemacht. Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.

Der Verstorbene Gerd Meister war von November 1964 bis Oktober 1996 Mitglied des Rates und seit November 1996 Ehrenratsmitglied der Gemeinde Rastede. Durch sein verantwortungsvolles Mitwirken im Verwaltungsausschuss und in verschiedenen Fachausschüssen hat er sich in dieser langen Phase der kommunalpolitischen Tätigkeit für die Interessen der Gemeinde Rastede nachhaltig eingesetzt. Sein ruhiges, ausgleichendes Wesen sowie sein Einsatz für die Belange der Allgemeinheit haben ihm große Achtung und Anerkennung in weiten Kreisen der Bevölkerung verschafft. Die Gemeinde Rastede ist ihm dankbar für die geleistete Arbeit und wird ihm ein ehrendes Gedenken bewahren. Gerd Meister hat sich um die Gemeinde Rastede verdient gemacht. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.

**Tagesordnungspunkt 2**

**Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ratsvorsitzende Herr Steinhausen stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 32 stimmberechtigte Mitglieder.

**Der Rat beschließt:**

Die Tagesordnung wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**Tagesordnungspunkt 3**

**Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 12.03.2013**

**Der Rat beschließt:**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 12.03.2013 wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**Tagesordnungspunkt 4**

**Feststellungsbeschluss - Verzicht Ratsmandat/Feststellung der Ersatzperson**

**Vorlage: 2013/091**

**Sitzungsverlauf:**

Bürgermeister von Essen erläutert, dass Herr Michael Köver seinen Mandatsverzicht schriftlich gegenüber dem Bürgermeister zum 18.06.2013 erklärt hat. Die Mitgliedschaft im Rat endet unter anderem durch Verzicht gemäß § 52 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG; dieser ist dem Bürgermeister schriftlich zu erklären und kann nicht widerrufen werden. Die Verzichtserklärung ist somit formgerecht erfolgt. Sofern eine Person aus dem Rat ausscheidet, regelt § 44 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes (NKWG), dass der Ratssitz nach Maßgabe des § 38 NKWG auf die nächste Ersatzperson übergeht. Herr Michael Köver wurde durch Listenwahl gewählt. Gemäß § 38 Abs. 3 NKWG sind Ersatzpersonen für die durch Listenwahl gewählten Bewerberinnen und Bewerber alle nicht gewählten Bewerberinnen und Bewerber des Wahlvorschlages in der im Wahlvorschlag angegebenen Reihenfolge. Der Niederschrift über die Sitzung des Gemeindevwahlausschusses zur Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses kann entnommen werden, dass Herr Michael Terhaag aufgrund seines Listenplatzes „Nachrücker“ ist. Herr Terhaag hat zwischenzeitlich seinen Wohnsitz außerhalb der Gemeinde Rastede verlegt und damit die Wählbarkeit verloren. Hierdurch ist er gemäß § 45 Abs. 3 NKWG als Ersatzperson ausgeschieden. Der vorgenannten Niederschrift ist zu entnehmen, dass sodann Herr Eckhard Roese, Königsberger Str. 14, 26180 Rastede, „Nachrücker“ ist. Die Mitgliedschaft von Herrn Roese im Rat beginnt gem. § 51 NKomVG frühestens mit dem Feststellungsbeschluss über den Sitzverlust von Herrn Köver.

Bürgermeister von Essen weist das neue Ratsmitglied Herrn Roese ausdrücklich auf die für ehrenamtlich tätige Personen geltenden Pflichten gemäß § 54 Abs. 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes hin, die allgemein für ehrenamtlich tätige Personen in den §§ 40 bis 43 niedergelegt sind.

Bürgermeister von Essen spricht für Herrn Roese die Verpflichtungsformel aus: „Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgaben nach dem besten Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten.“ Die Verpflichtung erfolgt mit Handschlag. Herr Roese gibt eine unterzeichnete Ausfertigung der zuvor überreichten Pflichtenbelehrung zurück.

**Beschluss:**

Der Rat stellt gemäß § 52 Abs. 2 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) fest, dass Herr Michael Köver ordnungsgemäß seinen Mandatsverzicht auf der Grundlage des § 52 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG erklärt hat und somit seine Mitgliedschaft im Rat endet.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 32  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:  
Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 5**

**Umsetzung von Ausschüssen**  
**Vorlage: 2013/097**

**Sitzungsverlauf:**

Keine Aussprache.

**Beschluss:**

- Frau Sabine Eyting wird als Ersatz für Herrn Michael Köver in den Finanz- und Wirtschaftsausschuss als stv. Ausschussvorsitzende entsandt.
- Herr Eckhard Roeser wird als Ersatz für Herrn Michael Köver in den Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss entsandt.
- Frau Inge Langhorst wird als Ersatz für Frau Sabine Eyting in den Schulausschuss entsandt.
- Herr Eckhard Roeser wird als Ersatz für Herrn Michael Köver in den Schulausschuss entsandt.
- Herr Eckhard Roeser wird als Ersatz für Herrn Michael Köver in den Feuerschutzausschuss entsandt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 32  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:  
Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 6**

**Vertretung für den Ratsvorsitz**  
**Vorlage: 2013/098**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Steinhausen erläutert, dass in der konstituierenden Ratssitzung am 09.11.2011 vom Rat der Gemeinde Rastede bestimmt wurde, dass der Ratsvorsitzende zwei Vertretungen erhält. Die Vertretung des Ratsvorsitzenden wurde seinerzeit mit einfacher Mehrheit in einer Abstimmung beschlossen. Zum ersten Vertreter des Ratsvorsitzenden wurde Ratsherr Dieter Güttler bestimmt; zweiter Vertreter war bis zuletzt Ratsherr Michael Köver. Mit Schreiben vom 31.05.2013 hat Herr Michael Köver seinen Verzicht auf die Mitgliedschaft im Rat der Gemeinde Rastede zum 18.06.2013 erklärt. Aus dieser Verzichtserklärung heraus ergibt sich die Notwendigkeit der Neubesetzung des zweiten Vertreters.

Auf Nachfrage erhält Herr Steinhausen von Herrn Langhorst den Vorschlag, Frau Sabine Eyting für das Amt des zweiten Vertreters des Ratsvorsitzenden vorzusehen.

Da nur ein Vorschlag genannt wird und niemand widerspricht, wird offen abgestimmt. Herr Steinhausen stellt nach Auszählung fest, dass Frau Eyting mit 31 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung zweiter Vertreter des Ratsvorsitzenden ist.

Frau Eyting nimmt das Amt an.

**Beschluss:**

Zur zweiten stellvertretenden Ratsvorsitzenden wird Frau Sabine Eyting bestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	1
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 7**

**Zuwendungen für den Geschäftsführungsaufwand der Fraktionen**  
**Vorlage: 2013/081**

**Sitzungsverlauf:**

Frau Koopmann nimmt ab TOP 7 an der Sitzung teil, sodass nunmehr 33 stimmberechtigte Ratsmitglieder anwesend sind.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

**Beschluss:**

Die 4. Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Rastede über den Ersatz von Auslagen und Verdienstausfall sowie über Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder und sonstige in der Gemeinde ehrenamtlich tätige Personen vom 25.03.2003 wird gemäß der Anlage 2 zu dieser Beschlussvorlage beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 33  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:  
Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 8**

**Bebauungsplan Nr. 98 - Hohe Looge**  
**Vorlage: 2013/083**

**Sitzungsverlauf:**

Frau Lamers begrüßt, dass nunmehr nach mehreren Beratungen endlich eine einvernehmliche Lösung in allen Belangen gefunden wurde, die künftig neben der Firma Büfa auch den beiden anderen ortsansässigen Unternehmen gute Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet. Sie weist hinsichtlich der gelegentlich eingeforderten Eingrünung darauf hin, dass die Unternehmen selbst ein großes Interesse daran haben, sich positiv darzustellen, sodass auf eine Vorschrift diesbezüglich verzichtet werden kann.

Herr Kramer befürwortet ebenso wie Frau Lamers die vorgelegte Planung, bedauert jedoch, dass in der Bauverbotszone entlang der alten B 69 kein Pflanzgebot erlassen wird. Er appelliert an die Verwaltung, zu gegebener Zeit mit der Firma zu sprechen, damit möglicherweise vom Unternehmen ein Pflanzstreifen freiwillig realisiert wird. Im Übrigen ist es aus Sicht der SPD-Fraktion entscheidend, dass dem ortsansässigen Betrieb die gewünschte Erweiterung in der Nähe des Stammbetriebes durch die Aufstellung des Bebauungsplanes und den anschließend vorgesehenen Flächentausch ermöglicht wird, da ansonsten die komplette Abwanderung des Unternehmens gedroht hätte.

Frau Eyting legt dar, dass nach der Neuregelung des Baugesetzbuches zunächst vorhandene Potenziale genutzt werden sollen, bevor ein weiterer Flächenverbrauch erfolgt. In diesem Zusammenhang weist sie noch einmal darauf, dass im Industriegebiet am Autobahnkreuz Oldenburg-Nord ausreichend Flächen auch für ortsansässige Unternehmen in zumutbarer Entfernung zur Verfügung stehen, sodass grundsätzlich auf einen weiteren Flächenverbrauch von 10 ha landwirtschaftlich wertvoller Fläche und die Zerstörung eines wertvollen Biotopes verzichtet werden könnte. Darüber hinaus bedauert sie, dass erneut versäumt wurde, einen Ausgleich insbesondere im Bereich der Wallhecken direkt vor Ort zu schaffen, obwohl dies aus ihrer Sicht an diesem Standort problemlos möglich wäre.

Herr Wilters weist anhand einer Chronologie darauf hin, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Verlauf des Verfahrens mehrfach ihr Abstimmungsverhalten geändert hat, was aus seiner Sicht nicht für eine verlässliche Politik spricht.

Herr Langhorst erwidert, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Verfahren neue Erkenntnisse zu eigen gemacht hat, sodass es innerhalb der Fraktion bei der Abwägung aller Interessen zu einem anderen Meinungsbild gekommen ist.

Frau Sager-Gertje betont analog zu den Ausführungen von Herrn Kramer, dass die Aufstellung des Bebauungsplanes für die vorgesehene Erweiterung eines ortsansässigen Unternehmens vom Grundsatz her die richtige Entscheidung ist. Sie legt zudem dar, dass die nun zur Bebauung vorgesehene Fläche schon vor einigen Jahren an ein in Hahn-Lehmden beheimatetes Unternehmen verkauft worden ist und in diesem Zusammenhang einhellig begrüßt wurde, dass eine mögliche betriebliche Weiterentwicklung dort vorgenommen wird.

Herr Krause bemerkt ergänzend, dass es äußerst ärgerlich ist, wenn eine Fraktion permanent die Meinung ändert, obwohl gerade in diesem Verfahren keine wesentlichen neuen Erkenntnisse vorgetragen wurden.

Frau Lamers schließt sich den Ausführungen von Frau Sager-Gertje und Herrn Krause an und betont, dass sich auch die Mehrheitsgruppe ausführlich mit allen Argumenten intensiv auseinandersetzt hat, um eine ausgewogene Abwägung vornehmen zu können.

Frau Eyting weist darauf hin, dass der Flächendruck immer stärker wird und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Fokus darauf geschärft hat, andere Schwerpunkte wie beispielsweise den wichtigen Einklang von Natur und Mensch in den Mittelpunkt zu rücken.

Herr Alexander von Essen betont ebenso wie eingangs Herr Kramer, dass mit der Verhinderung der Planung der Verlust zahlreicher Arbeitsplätze im Norden der Gemeinde verbunden gewesen wäre. Er stellt die rhetorische Frage, wie die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Bürgerinnen und Bürgern den Arbeitsplatzverlust erklären würde.

Herr Langhorst erläutert, dass es sich hier nicht nur um einen reinen Flächentausch handelt, sondern 10 ha zusätzliche Industriefläche geschaffen wird.

**Beschluss:**

1. Die im Rahmen der Beteiligungen der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 4a Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 4a Abs. 3 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 11.06.2013 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Der Bebauungsplan Nr. 98 mit Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	4
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 9**

**2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 66 - Schafjückenweg  
Vorlage: 2013/078**

**Sitzungsverlauf:**

Frau Lamers zeigt sich erfreut darüber, dass mit diesem Beschluss der heimischen Wirtschaft eine Betriebserweiterung vor Ort auch ohne zusätzlichen Flächenverbrauch in einem vertretbaren städtebaulichen Rahmen ermöglicht werden kann. Sie bemerkt zudem, dass eine plausible und nachvollziehbare Abwägung erfolgt ist und hinsichtlich der Fassadengestaltung mit mattierenden Materialien oder Anstrichen eine für alle tragbare Lösung vorgelegt wurde.

Herr Langhorst signalisiert Zustimmung zum Beschlussvorschlag und begrüßt, dass eine gewerbliche Entwicklung auch ohne weiteren Flächenverbrauch möglich ist. Er führt ergänzend zur Diskussion unter TOP 8 aus, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nach anfänglichen Bedenken im Verlauf des Verfahrens aufgrund neuer Erkenntnisse auch hier die Meinung geändert hat, sodass heute der Planung zugestimmt werden kann.

Herr Kramer bemerkt, dass die positiven Argumente wie der Erhalt der Arbeitsplätze, kein weiterer Flächenverbrauch, die Vorschrift zur Fassadengestaltung und die Entwicklung in einem bereits eigens für größere Betriebe geschaffenen Gewerbegebiet überwiegen, obwohl durch die nunmehr möglichen höheren Gebäude das Landschaftsbild nicht unerheblich gestört werden kann. Er bittet die Verwaltung, künftig verstärkt auf die vorgeschriebene Eingrünung der Grundstücke zu achten.

**Beschluss:**

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 11.06.2013 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 66 – Schafjückenweg mit örtlicher Bauvorschrift, Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 33  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:  
Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 10**

**Bebauungsplan Nr. 93 B - Südlich Schloßpark II**  
**Vorlage: 2013/079**

**Sitzungsverlauf:**

Frau Lamers zeigt sich erfreut darüber, dass nach wie vor viele Menschen in Rastede bauen und leben wollen, was zeigt, dass der Bedarf an Wohnbauflächen nach wie vor vorhanden ist. Vor diesem Hintergrund ist aus ihrer Sicht das maßvolle Vorhalten eines kontinuierlichen Angebotes von großer Bedeutung, um beispielsweise den Fortbestand der Grundschulen und der übrigen Infrastruktur zu sichern. Sie begrüßt zudem, dass die Wallhecken im Verhältnis 1:1 kompensiert werden, obwohl die vorhandene Struktur nicht entfernt wird. Im Übrigen hält sie die bereits im VA beschlossen und inzwischen in anderen Baugebieten bewährte Ausbauplanung für sinnvoll und die Entfernung zum vorhandenen Kinderspielplatz im Baugebiet Südlich Schlosspark I für zumutbar.

Herr Kramer signalisiert Zustimmung zum Beschlussvorschlag und bemerkt, dass viele Details bereits angesprochen wurden. Hinsichtlich des nicht vorgesehenen Spielplatzes in diesem Bauabschnitt führt er aus, dass gegebenenfalls im geplanten Grünbereich des 1. Bauabschnittes ein Treffpunkt für junge Familien mit Aufenthaltsqualität geschaffen werden sollte.

Frau Eyting betont, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Bebauungsplan aus dem bereits in den ersten Planungsschritten bekannten Gründen sowie des viel zu hohen Tempos beim Abverkauf nicht mittragen kann. Sie legt in diesem Zusammenhang dar, dass Rastede als Mittelzentrum den Zuzug von Bürgerinnen und Bürger aus Unterzentren zwar ermöglichen sollte, jedoch nicht um jeden Preis aus dem Oberzentrum Oldenburg. Letztendlich hat dieses zügige Wachstum zur Folge, dass die bereits jetzt stark frequentierte Verkehrsinfrastruktur nicht mehr nachkommt, sodass in diesem Bereich gegebenenfalls dauerhaft größere finanzielle Probleme entstehen. Gleiches gilt möglicherweise auch für andere Infrastruktureinrichtungen wie Kanalisation und Straßenbeleuchtung, die jetzt gebaut werden aber dauerhaft unterhalten und auch abgeschrieben werden müssen. Zudem fällt bei der jetzt vorliegenden abschließenden Planung besonders negativ auf, dass die Chance auf mehr Durchgrünung durch Pflanzbeete und die damit einhergehende Verbesserung des Kleinklimas nicht genutzt wird. Äußerst bedauerlich ist zudem, dass auf einen Spielplatz in 600 Meter Entfernung verwiesen wird, obwohl in der Regel Kinder unter sechs Jahren entsprechende Spielmöglichkeiten nutzen. In diesem Zusammenhang unterstützt sie den Vorschlag von Herrn Kramer, den Grünbereich rund um die Eiche im 1. Bauabschnitt entsprechend kinderfreundlich zu gestalten. Schlussendlich begrüßt sie den vorgesehenen Wallheckenschutz, was jedoch nicht ausreicht, um der vorliegenden Planung zustimmen zu können.

Frau Lamers erwidert, dass ein Spielplatz in 600 Meter Entfernung auch für Eltern mit kleineren Kindern durchaus zumutbar ist und es außerdem sinnvoller ist, im vorgesehenen Grünbereich zunächst keine „Begegnungsstätte“ herzurichten, sondern erst einmal die Aktivitäten und Ideen der neuen Bewohner abzuwarten. Hinsichtlich der von Frau Eyting angesprochenen Probleme mit der Infrastruktur führt sie aus, dass die vorhandene Infrastruktur völlig ausreichend ist und sich eine Verteilung auf mehreren Schultern positiv für jeden Einzelnen auswirkt.

Herr Krause bemerkt, dass es zweckmäßiger ist, die vorhandenen Spielplätze qualitativ vernünftig auszustatten, anstatt zusätzliche kleinere Einheiten zu schaffen. Bezüglich des von Frau Eyting angesprochenen zu schnellen Erschließungstempos legt er dar, dass bekanntermaßen im Innenbereich keine wesentlichen Flächen zur Verfügung stehen und eine Verdichtung wie teilweise jetzt von einigen Investoren umgesetzt auch nicht erstrebenswert ist.

Herr Wilters legt dar, dass vor einigen Jahren in der Gemeinde Rastede ein jährliches Wachstum von einem Prozent angestrebt wurde. Mittlerweile wird durch Neubau und Zuzug ein durchschnittliches Wachstum von 0,5 Prozent pro Jahr erzielt, sodass in diesem Zusammenhang keineswegs von einem zu hohen Tempo gesprochen werden kann zumal die Nachfrage nach Grundstücken in Rastede nach wie vor sehr hoch ist. Im Übrigen muss auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der in der Gemeinde ansässigen Firmen die Möglichkeit eröffnet werden, sich hier im Ort ansiedeln zu können.

Frau Eyting entgegnet, dass künftig Wachstum dauerhaft nicht zu mehr Wohlstand führt und auch Rastede aufgrund des demografischen Wandels in Zukunft schrumpfen wird. Ziel muss es daher sein, die Bevölkerungszahl weitestgehend durch Zuzug in den zwangsläufig freiwerdenden Häusern zu generieren, wozu allerdings die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingeforderte Bestandserhebung erforderlich ist.

### **Beschluss:**

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 11.06.2013 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Der Bebauungsplan Nr. 93 B – Südlich Schloßpark II mit Begründung und Umweltbericht sowie örtlichen Bauvorschriften wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	4
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 11**

**Haushalt 2013 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben über 5.000 Euro**  
**Vorlage: 2013/080**

**Sitzungsverlauf:**

Keine Aussprache.

**Beschluss:**

Der Rat nimmt Kenntnis von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Ergebnis- und Finanzhaushalt in Höhe von jeweils über 5.000 €

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 33  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:  
Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 12**

**Bericht des Bürgermeisters**

Bürgermeister von Essen berichtet in einem ausführlichen Vortrag über die 2011 durchgeführte Zensus-Erhebung, die Vorbereitungen zur Bundestagswahl, den Hochwassereinsatz der Kreisfeuerwehrebereitschaft, das neue Feuerwehrfahrzeug für die Einheit Südbäke, den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz, die Anmeldesituation in den Kindergärten und den geplanten Sportplatz am Köttersweg. Der Bericht ist als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt.

**Tagesordnungspunkt 13**

**Schließung der Sitzung**

Der Ratsvorsitzende Herr Steinhausen schließt die öffentliche Sitzung des Rates um 18:25 Uhr.